

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 143

Freitag, 26. Februar.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an Sonn- und feiertagen folgenden Tagen ...

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an den Sonntagen ...

Deutscher Reichstag.

180. Plenarsitzung vom 25. Februar, 1 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Beratung des Telegraphengesetzes wird fortgesetzt mit § 3 (Freigebung des Telegraphenbetriebes an Landes- und Kommunalbehörden, Deichkorporationen, Transportanstalten ...)

Ein Antrag Auer (Soz.) will das Wort „ordnungsmäßig“ streichen. Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) begründet diesen Antrag, da die Entscheidung darüber, welches ein ordnungsmäßiges Telegramm sei, sehr willkürlich sei.

Abg. Schrader (Dfr.) begründet den Antrag mit Hinweis auf die Interessen, namentlich der Hausbesitzer in den großen Städten, die durch die ausgedehnte Anlegung von Telegraphen- und Telephondrähten außerordentlich belästigt und geschädigt würden.

Staatssekretär Dr. von Stephan erklärt den Antrag für unannehmbar. Mit einer solchen Argumentation könne man jede Anlegung von Telegraphenlinien verhindern. Das Verhältnis zwischen den Hausbesitzern und der Telegraphen-Verwaltung sei ein befriedigendes, Differenzen kämen nur selten vor.

Abg. Dr. v. Bar (Df.) befreit die Unausführbarkeit des Antrages. Er wolle einem gütlichen Einvernehmen mit den Hausbesitzern nichts in den Weg legen, sondern nur unbillige Forderungen, welchen der Hauseigentümer sich nur, um einen Anschluß zu erhalten, fügen, verhindern. Das Gesetz solle an Stelle des Beliebens der unteren Behörden treten.

Abg. Schrader betont noch, daß die Vorlage nicht die Gleichheit vor dem Recht wahre, da zwischen den verschiedenen Eigentümern Unterschiede gemacht werden. Bei den mannigfachen Schäden, die hier in Betracht kommen, handelt es sich keineswegs um Kleinigkeiten, und man muß daher eine Einschränkung des Zwanges vornehmen.

Abg. v. Vollmar (Soz.) meint, daß allerdings private Interessen gegenüber dem allgemeinen Wohl zurückstehen müssen. In dessen müsse der Anschluß an die Leitungen allgemeines Recht sein, und es müßten für den Anschluß allgemeine Bedingungen gesetzlich vorgeschrieben werden, statt es in das Belieben der Verwaltung zu stellen. Aus diesem Grunde sei er für den Antrag.

Der Antrag Dr. v. Bar wird abgelehnt, und § 4b nach dem Kommissionsbeschlusse angenommen. § 4c läßt eine Erhöhung der Telegraphen- und Telephongebühren, sowie eine Ausdehnung der gegenwärtig bestehenden Befreiungen von diesen Gebühren nur auf Grund eines Gesetzes zu.

Ein Antrag Dr. v. Bar verlangt überhaupt eine Regelung der Materie durch den Erlaß eines solchen Telegraphen- und Telephon-Gebührengesetzes.

Abg. Dr. v. Bar (Df.) betont die Notwendigkeit, daß eine Mitwirkung des Reichstages bei der Festsetzung der Gebühren und Befreiungen stattfinde. Das konstitutionelle Recht des Reichstages müsse gewahrt werden.

Abg. Dr. Hammacher (Nl.) wendet sich gegen den Antrag, weil dieser auch eine Herabsetzung der Gebühren verhindern würde.

Geb. Rath Dr. Dambach bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrages. Alle Staatsrechtslehrer seien der Ansicht, daß die Festsetzung der Telegraphengebühren nicht durch das Gesetz zu regeln sei. Der Antrag sei auch undurchführbar. Die Telegraphenordnung enthalte eine Reihe erleichternder Bestimmungen, die sich unmöglich in ein Gesetz aufnehmen lassen. Man müsse der Telegraphenverwaltung das Recht geben, das man der Postverwaltung einräume. Bei Annahme des Antrages v. Bar würde die Telegraphenverwaltung außer Stande sein, irgend eine Verbesserung einzuführen. Ein Gebührengesetz werde doch noch nicht in vier Wochen erlassen sein.

Abg. Dr. v. Bar erwirbt, die Verwaltung solle bis zum Erlaß des Gesetzes nicht festgelegt werden, sondern die Meinung des Antrages sei, daß die Verwaltung bis dahin dieselbe Lattitude behalten solle, die sie jetzt habe. Der Staatsrechtslehrer Laband stehe durchaus auf seinem Standpunkte. Der Antrag wolle der Telegraphenverwaltung ja dasselbe Recht geben wie der Postverwaltung, er sei gerade nach Analogie der Verhältnisse im Postwesen zugeschnitten.

Abg. v. Vollmar (Soz.) befürwortet den Antrag. Ueber die Höhe der Telegraphen- und Telephongebühren herrsche allgemeine Klage. Namentlich die Telegraphengebühren seien anderwärts weit niedriger als in Deutschland. Deshalb sei eine Mitwirkung des Reichstages bei der Festsetzung der Gebühren durchaus notwendig; er sei die beste Instanz für die Beratung von solchen Verkehrsinteressen. Allerdings sei die Fassung des Antrages v. Bar nicht klar. Der Reichstag müsse auch über die allgemeinen Grundsätze im Telephon- und Telegraphenwesen mitreden können.

Abg. Dr. Hammacher (Nl.) wendet sich gegen die Ausführungen der beiden Vorredner. Mit dem Antrage v. Bar käme man nicht weiter, da der Reichstag doch nicht in der souveränen Lage sein werde, über die Herabsetzung der Gebühren einseitig zu beschließen.

Abg. Graf Arnim (L.) spricht sich gegen den Antrag aus dem von Geh. Rath Dr. Dambach angeführten Gründen.

Hierauf wird der Antrag Dr. v. Bar abgelehnt, § 4c unverändert angenommen, ebenso der § 4d (Unverletzlichkeit des Telegraphengeheimnisses.)

§ 5 bedroht mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten die vorsätzliche Errichtung oder den Betrieb von Telegraphenanlagen entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Ein Antrag Dr. v. Bar will die Gefängnisstrafe beseitigen und das Geldstrafmaximum auf 600 M. herabsetzen.

Abg. Dr. v. Bar (Df.) hält die Abschreckungstheorie hier für unangebracht. Man dürfe nicht mit Gefängnisstrafen einschreiten gegen Kontraventionen, die nach dem allgemeinen Rechtsbewußtsein nichts Ehrloses in sich hätten. Polizeistrafen und eine Geldstrafe bis 600 M. genügte vollkommen.

Geb. Rath Dr. Dambach vertritt den Kommissionsbeschuß. Es handele sich bei diesen Debatten nicht allein um eine finanzielle Schädigung der Telegraphenverwaltung, sondern um ein hohes öffentliches Interesse. Da dürfe man das Strafmaximum nicht zu niedrig bemessen.

Abg. Dr. v. Bar hält das Vorkommen eines so schweren Falles, für den eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten angemessen sei, für unmöglich. Das Ermessen der Richter dürfe auch nicht zu weit gehen.

Abg. Bödiker (Ztr.) tritt für den Kommissionsantrag ein, um auch für die schwersten Fälle den Richtern entsprechende Strafen an die Hand zu geben.

Der Antrag Dr. v. Bar wird abgelehnt. § 6 (Geldstrafen bis zu 1500 M. für Zuwiderhandlungen gegen die Kontrollbestimmungen) wird ebenfalls unter Ablehnung eines Antrages Dr. v. Bar auf Herabsetzung des Strafmaximums auf 150 M. unverändert angenommen.

§ 7 (Beseitigung der unbefugten Anlagen) wird diskussionslos angenommen.

§ 7a bestimmt, daß elektrische Anlagen, sobald gegenseitige Störung zu befürchten ist, auf Kosten desjenigen Theiles, welcher diese Gefahr veranlaßt, so anzuordnen sind, daß sie sich nicht störend beeinflussen können.

Ein Antrag Dr. v. Bar verlangt statt dessen bei der Befürchtung einer gegenseitigen Störung elektrischer Leitungen eine Selbstschutzeinrichtung der konkurrierenden Leitungen, also auch seitens der Reichstelegraphenverwaltung.

Ein Antrag Bödiker will die Verpflichtung der Beseitigung der Gefahr dem Theil auferlegen, der die spätere Anlage macht oder seine Anlage ändert.

Ein Antrag v. Strombeck (Ztr.) will, falls die Gefahr der Störung der Reichstelegraphenleitungen durch Selbstschutz nicht zu verhüten ist, der Reichstelegraphenverwaltung einseitig das Recht geben, die Beseitigung der benachbarten Leitungen auf Kosten des Eigentümers zu verlangen, beiden Parteien aber das Recht geben, zu verlangen, daß die beabsichtigte Anlegung der Leitung unterbleibt.

Ein Antrag Dr. Lieber-Spahn will die Entscheidung darüber, ob die Gefahr einer Störung vorliegt, der Physikalisch-technischen Reichsanstalt übertragen.

Abg. Dr. Siemens (Df.): Es handelt sich hier um eine überaus wichtige Frage, die für die Entwicklung unseres Elektrizitätswesens von der größten Bedeutung ist. Wir verlangen einfach die Aufrechterhaltung der bisherigen Grundsätze, um dieser Entwicklung nichts in den Weg zu legen. Die Elektrizität ist an den Raum gebunden, noch in höherem Maße als andere Kräfte der Welt. Eine ungeschickte Anordnung kann weitere Anlagen in der Zukunft von vornherein unmöglich machen, und dadurch die wirtschaftlichen Interessen der Nation schwerer geschädigt werden. Es handelt sich hier nicht um Privatinteressen, sondern um sehr stark ausgesprochene nationale Interessen. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie muß auch hier im Auge behalten werden. Es kommt darauf an, die Elektrizität, die immer siegreicher auf allen Gebieten vordringt, für unsere Industrie möglichst zu verwerten. Der Staatssekretär unterschätzt die Bedeutung, welche die Elektrizität zweifellos in der Zukunft haben wird. Die elektrische Kraft ist für die Industrie die billigste Betriebskraft, sie wird die Betriebskraft der Zukunft sein, und die Industrie, die ihrer nicht vollständig Herr sein wird, wird auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sein.

Aus diesen Gründen haben wir in § 1 beantragt, die Frage der Errichtung von Telegraphenlinien aus dem Gesetz zu lassen. Die Majorität hat es anders beschlossen. Sobald man aber die Frage der Errichtung von Anlagen behandelt, muß man sie auch von vornherein entscheiden. Man muß sie gesetzlich festlegen, und darf der subjektiven Willkür keinen Spielraum lassen. Wir müssen dafür sorgen, daß Raum für neue elektrische Anlagen immer bleibt.

Unser Antrag sorgt für eine vernünftige Einrichtung der Linien seitens aller konkurrierenden Theile. Die Majorität der Mitglieder des elektrotechnischen Vereines ist der Ansicht, daß das sehr wohl möglich ist. Nun sollen zwar die im deutschen Reichsdienst angestellten Ingenieure erklärt haben, solche Selbstschutzeinrichtungen seien unmöglich. Aber da ist es doch eigentümlich, daß fast alle nicht im Reichsdienst angestellten Ingenieure Deutschlands und des

Auslandes der entgegengesetzten Meinung sind. Jedenfalls ist die Frage wissenschaftlich diskutabel.

Das Interesse allein der Reichstelegraphenverwaltung darf hier allein nicht maßgebend sein. Der Herr Staatssekretär tritt für diese Interessen mit einer großen Rücksichtslosigkeit ein und verlangt, daß wir ihm dafür zu Dank verpflichtet sind. Wir fühlen diese Rücksichtslosigkeit, aber müssen uns hier doch dagegen wehren im Interesse der Entwicklung der Elektrizität und ihrer Nuhbarmachung für unsere Nation. Man kann hier doch nicht Interzessen, wie die militärischen, maßgebend sein lassen. Die militärischen Interessen suchen allein Sicherheit zu erreichen, die Verkehrsinteressen verfolgen dagegen die Freiheit. Hätte man bei der Verstaatlichung die Eisenbahnen unter militärische Herrschaft gestellt, glauben Sie, daß unser Eisenbahnwesen sich in der Weise entwickelt hätte? Genau von demselben Gesichtspunkte müssen Sie auch diese Frage betrachten.

Wir geben der Verwaltung nur ungern ein Telegraphenmonopol. Zum Mindesten aber müssen wir verlangen, daß das Monopol einen gesetzlichen Inhalt erhält. Wenn dieser Inhalt in das subjektive Belieben einer wechselnden Verwaltung gelegt wird, so ist das nur ein Scheingesetz. Deshalb können Sie den Kommissionsantrag nicht annehmen, sondern allein unseren Antrag (Vestfall links).

Bundeskommissar Geh.-Rath Grätwinkler: Die Telegraphenanlagen werden überaus vorsichtig und geschickt errichtet werden. Wenn nun aufgefordert wird, die Entwicklung der Elektrizität in Betracht zu ziehen, so muß man doch auch bedenken, daß die Telegraphie sich entwickle und noch weiter entwickeln wird. Eine Starkstromanlage wird immer, welche Vorsicht man auch anwende, einen großen Einfluß auf andere elektrische Anlagen haben. Die Billigkeit der Elektrizität, wie sie Vorredner geschildert, steht noch in weiter Ferne, sie wird erst eintreten, wenn die Dynamomaschinen überflüssig sein werden und die Kohlen direkt in Elektrizität übergeführt werden können. Es ist nachgewiesen, daß der Selbstschutz unmöglich ist. Nedner erklärt, im elektrotechnischen Verein diesen Beweis selbst geliefert zu haben. Was theoretisch durchführbar erscheint, das ist doch nicht auch praktisch ausführbar. Kein Ingenieur hat den Beweis für die Möglichkeit des Selbstschutzes geliefert. Die Telegraphenverwaltung ist bestrebt, ihre Anlagen so herzurichten, daß sie eine Minimalwirkung nach außen ausüben, was am besten durch nebeneinander laufende Doppelanlagen geschieht. Man kann also in das Gesetz höchstens die Bestimmung aufnehmen, daß die Telegraphenanlagen so eingerichtet sein müssen, daß sie nur eine Minimalwirkung nach außen ausüben.

Auf eine Anfrage des Abg. Clemm (Ludwigshafen Nl.) erwirbt

Geb.-Rath Grätwinkler, daß die Fernsprechanlagen in möglichst großer Entfernung von anderen elektrischen Anlagen hergerichtet werden müssen. Trotz großer Entfernung seien sie von Starkstromanlagen ungünstig beeinflusst worden.

Abg. Singer (Soz.) ist der Ansicht, daß der Betrieb der Elektrizität aus den Händen von Privatleuten genommen und dem Staat oder den Gemeinden übergeben werden müßte. Dann erst würde die Elektrizität billig werden. Für die Sozialdemokratie ist bei der ganzen Frage der Gesichtspunkt vor Allem maßgebend, daß die Anlagen so eingerichtet werden, daß eine Gefahr für Menschen nicht vorhanden ist. Wir müssen eine Bestimmung in das Gesetz hineintragen, welche diese Forderung auspricht. Die Beschlüsse der Kommission sowohl wie der Antrag Bödiker sind rein defortativer Natur. Der Antrag von Bar allein spricht präzise die Forderung des wünschenswerthen Schutzes aus.

Staatssekretär v. Stephan: Die Herren Siemens und Singer verkennen die Stellung der Telegraphenverwaltung vollkommen. Wir verlangen keine Erweiterung unseres Rechtes, sondern nur eine gesetzliche Festlegung dessen, was wir bereits üben. Daß das auch in der Kommission ausgesprochen worden ist, werden alle Kommissionsmitglieder mit Ausnahme derer von der Partei des Herrn Siemens bezeugen.

Darauf vertagt sich das Haus.

In persönlicher Bemerkung verwahren sich die Abgg. Schrader und Dohrn gegen die Unterstellung, als ob sie als Mitglieder der Kommission durch ihre Parteistellung sich beirren lassen könnten, wahrheitsgemäßes Zeugnis abzulegen.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr (Rest der heutigen Tagesordnung). Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 25. Februar, 11 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt mit dem Etat der Bauverwaltung.

Bei den „Einnahmen“ befragt

Abg. Schmieding (Nl.), daß der Dortmund-Emskanal noch immer aus dem ersten Spatenstich warte, während die Arbeiten für den Nordostkanal, für den Oder-Spreekanal in zünftigem Fortschreiten begriffen seien. Es würde angesichts der bevorstehenden Arbeiterentlassungen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk eine große Wohlthat sein, wenn durch endliche Inangriffnahme der Arbeiten den wider Willen Feiernden Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben würde.

Geb. Rath Schulz erwirbt, daß die Unterhandlungen mit den Interessenten und die Vorarbeiten beendet seien. Dem Landtage werde eine Denkschrift darüber zugehen, in der auch das Projekt selbst, eine Erweiterung des früher vorgeschlagenen, mitgeteilt werden solle. Nunmehr würden die Arbeiten energisch in Angriff genommen werden.

Die Einnahmen werden darauf bewilligt.

Bei den Ausgaben Titel „Ministergehalt“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Herold (Ztr.)

Geb. Rath Schulz, daß die Regierung beim Bau des Dortmund-Ems-Kanals das Landeskulturinteresse mit berücksichtigen werde.

Abg. Dr. Krause (nl.) fragt an, wie die Regierung zu der Regelung des oberen Regels und der Schaffung eines masurischen Seentals stehe. Beide Fragen seien für die Provinz Ostpreußen von größtem Interesse.

Geb. Rath Schulz erwidert, daß die Regierung bereits Ermittlungen anstellen lasse. Indessen warne er die ostpreussischen Interessenten davor, sich zu großen Hoffnungen hinzugeben, da die Kanalisierung nur mit ungeheuren Kosten herzustellen sei, zu denen der Vortheil vielleicht in gar keinem Verhältnis stehen würde.

Abg. Sombart (nl.) empfiehlt den Bau eines Kanals zwischen Trebel und Relnitz im Interesse der Landwirtschaft.

Geb. Rath Schulz entgegnet, daß ein Einverständnis über die Grundlagen des Baues mit den beteiligten Faktoren noch nicht erzielt werden können. Selbst bei kostenloser Abtretung des Grund und Bodens seitens der Interessenten und Geldzuschüssen seitens der Gemeinden würde der Staat noch Aufwendungen im Betrage von über 1 Million machen müssen. Dazu komme, daß die Bauverwaltung von der dringenden Nothwendigkeit dieses Kanals nicht überzeugt sei.

Abg. Dr. Wärmeling (Ztr.) bittet, den Dortmund-Emskanal in seiner ganzen Länge in größeren Dimensionen auszuführen.

Abg. Stöbel (Ztr.) verlangt eine Hafenanlage für Oberwesel im Interesse der Kohlenindustrie und des Handels.

Geb. Rath Lange erwidert, daß sich dem Bau dieses Hafens Schwierigkeiten entgegenstellten wegen der zu geringen Tiefe des Wassers. Die Interessenten mögen sich mit geeigneten Vorschlägen an die beteiligten Ressorts wenden.

Abg. Dr. Schulz (Wochum nl.) hält den Bau einer Kanalverbindung zwischen Ems, Weser und Elbe sowie zwischen der unteren Elbe und der Ostsee für einen volkswirtschaftlich sehr nützlichen. Da dieses Projekt aber so bald nicht zur Ausführung kommen könne, so möge man wenigstens einen Rhein-Emskanal so schnell als möglich bauen.

Abg. v. Schlichting (Ztr.) wünscht eine Beschleunigung der Oberkanalisierung. Die jetzigen Zustände beeinträchtigen die ober-schlesische Kohlenindustrie in hohem Maße und gefährden den Absatz der ober-schlesischen Kohlen im Ostseegebiete. Ferner sei die Vergrößerung des Klodnitzkanals eine Nothwendigkeit.

Geb. Rath Wiebe erwidert, daß die Kanalisationsarbeiten bereits energisch in Angriff genommen seien und nur während der Wintermonate ruhen. Wenn der Wasserstand der Oder es gestattet, sollen die Arbeiten fortgesetzt werden. Im Jahre 1895 würde die Oberkanalisierung durchgeführt sein.

Abg. Mues (nl.) plaidirt für den Bau des Rhein-Weser-Elbe-Kanals, als eines Mittelkanals, der für die industriellen und Handelsverhältnisse Deutschlands von größter Bedeutung sein und gleichsam einen Strom für ganz Deutschland bilden würde.

Abg. Smula (Ztr.) fordert die Regierung auf, die durch die Arbeiterentlassungen in dem Kohlenbergbau frei werdenden Kräfte durch Inangriffnahme des Baues der projektirten Hafenanlage bei Rosel zu beschäftigen. Ferner möge man doch einmal ernst das Projekt eines Ober-Donaukanals ins Auge fassen.

Geb. Rath Wiebe erwidert, daß die Hafenanlagen bei Rosel wahrscheinlich noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden würden. Was den Ober-Donau-Kanal betreffe, so seien Anträge aus Oesterreich in dieser Richtung an die preussische Regierung noch nicht gelangt. Eine Vergrößerung des Klodnitzkanals werde nicht erfolgen.

Abg. v. Buttner (Wauth kon.) bittet, endlich einmal die Regulirung der oberen Weichsel energisch zu fördern, und legt die Nothwendigkeit dar, auch für Ostpreußen im Interesse der Landwirtschaft eine Wasserstraße behufs Verbindung dieses Gebietes mit den westlicher gelegenen Provinzen zu bauen.

Geb. Rath Hagen erwidert, daß die Regulierungsarbeiten rüstig fortgeschritten und wahrscheinlich 1895 beendet sein würden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Lotichius (lib.) erklärt Geb. Rath Walberg, daß der Loreleyhafen bereits so weit fertiggestellt sei, daß er schon benutzt werden könne.

Abg. Naddyl (Ztr.) wünscht, daß an die Spitze der Bauabtheilungen in den einzelnen Regierungen technische Beamte mit dem Titel „Oberbauvath“ gesetzt würden. Sodann verlangt Redner für die Bauvath eine Rangserhöhung.

Geb. Rath Schulz entgegnet, daß der Minister die von dem Vorredner angeregten Fragen in Angriff genommen habe.

Bei dem Titel „Zur Abwendung von Hochwassergefahr“ beklagt es

Abg. von Neumann (kon.), daß für diese Zwecke für die Gebiete der unteren Oder noch viel zu wenig geschehe. Die geplanten Schöpfwerke müssen ohne Säumen hergestellt werden. Jetzt sei die Noth wiederum sehr groß, viele Dörfer seien unter Wasser. Schnelle Hilfe sei geboten. Die Gründe für die jährlich wiederkehrenden Uebelstände liegen erstens daran, daß die Strombauverwaltung nur die Interessen der Schifffahrt, nicht aber der Landwirtschaft wahrnehme, und zweitens, daß die Oder von oben nach unten regulirt werde, anstatt umgekehrt.

Geb. Rath Schulz erklärt, daß der Minister bereit sei, sich persönlich an Ort und Stelle von den Umständen zu überzeugen, und in Gemeinschaft mit dem Landwirtschaftsminister in eine Erwägung einzutreten, auf welche Weise Abhilfe erfolgen soll.

Abg. Frhr. v. Dobenek (kon.) erklärt daraufhin, daß der Nothstand an der unteren Oder ein zu großer ist, als daß zu lange mit Erwägungen gemartet werden könne.

Abg. Frhr. v. Buddenbrock (kon.) wünscht im Interesse der mittleren Oder einen besseren Abfluß der Gewässer der unteren Oder.

Abg. Riffelmann (kon.) will die alte Brücke bei Schwedt an d. O. durch eine neue massive Brücke ersetzt sehen.

Die Ausgaben werden darauf bewilligt.

Bei den „einmaligen Ausgaben“ bittet

Abg. Frhr. v. Hammerstein die Regierung, der Hochseefischer größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und zu deren Förderung auch an der Mündung der Veba einen Fischerhafen zu errichten.

Vom Regierungstisch wird erwidert, daß die Anlage eines Hafens eine Erweiterung der Fahrtrinne zur Voraussetzung habe, und diese Erweiterung der Veba bei Eisgang gefährlich sein würde.

Abg. Dr. Hermes (df.) spricht seine Genugthuung über den Bau eines Hafens in Sabinz aus, der von ihm schon so lange gefordert sei.

Das Extraordinarium wird darauf bewilligt und die Forderung für ein neues Dienstgebäude für die Strombauverwaltung gemäß dem Kommissionsantrage abgelehnt.

Damit ist der Etat der Bauverwaltung erledigt und die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Etat des Handelsministeriums und für die Ansiedelungskommission.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 25. Febr. Die sozialdemokratischen Führer werden ohne Zweifel mit aller nur möglichen Lebhaftigkeit bestreiten, daß sie an den heutigen Demonstrationen

der Arbeitslosen vor dem Schloß irgend welchen Antheil haben. Sie werden vermuthlich sogar den unvermeidlichen Vorwürfen bei Zeiten vorbeugen und diese Demonstrationen mißbilligen. Schwer genug, vielleicht unmöglich, wird es ja sein, einen direkten Zusammenhang zwischen der Parteileitung und den heutigen Vorgängen nachzuweisen. Man weiß schon, wie dergleichen sich entwickelt. Aber ob es ihnen angenehm oder nicht sein mag, so werden die Führer zum mindesten moralisch verantwortlich gemacht werden müssen. Der ehemalige Baumeister Kessler, der heute die Massen durch eine provokante Antwort auf die gestrige Rede des Kaisers fanatisirt hat, ist den Bebel und Liebknecht nicht gerade eine sympathische Persönlichkeit. Indessen losgesagt hat sich die Partei niemals von ihm, und er hat ein Recht, sich Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu nennen. Wenn dieser Mann nun vor eine vieltausendköpfige Versammlung tritt und zwar vor Gewaltthätigkeiten warnt, weil „die Flinte schießt, der Säbel haut“, und wenn er gleich danach mit dem Bilde vom rothen Indianerhäuptling zwischen den beiden Meeren des schäumenden Kapitalismus-Schlundes auf der einen, der friedlichen Sozialdemokratie auf der anderen Seite, die Rede des Kaisers auf seine Weise umschreibt, dann kann er am wenigsten sich über die Wirkung auf die erhitzten Zuhörer getäuscht haben. Die Demonstration ist ja im Ganzen harmlos verlaufen, aber bei der Stimmung, die durch diese Vorgänge erzeugt worden ist, erscheint die Besorgniß nicht ohne Grund, daß die heutigen Szenen sich im größeren und bedenklicheren Umfang wiederholen. Es hat Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Tumultuanten gegeben. Daraus kann eine Massenempfindung sich entwickeln, die, auch wenn sie ziellos bleiben sollte, jedenfalls an und für sich schon tief beklagenswerth ist. —

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute den Bauetat. Es waren vorwiegend lokale Interessen, die dabei zur Sprache kamen, und die durchweg Wasserbaufragen betrafen. Der Vertreter des durch Unwohlsein am Erscheinen verhinderten Ministers Thielen konnte auf alle diese Wünsche mit ziemlich stereotypen Wendungen antworten, daß die entsprechende Berücksichtigung zu erwarten stehe, resp. daß bereits nach den Wünschen der Redner verfahren werde. Im Großen und Ganzen darf allerdings anerkannt werden, daß in das preussische Wasser- und Kanalbauwesen ein frischerer Zug gekommen ist. Noch vor fünf Jahren etwa war auf diesem Gebiete so gut wie Alles zu thun; heute sieht man doch wenigstens die Ansätze zu planmäßigen, die ganze Monarchie umfassenden Arbeiten. Nach der Meinung von manchen Sachverständigen, besser gesagt von Männern, die im praktischen Leben stehen und gegen die Fachmänner einiges Mißtrauen haben, wird sogar schon etwas zu viel gethan. Sicher ist, daß einzelne Flußkorrekturen in überstürzter Weise und ohne genügende Unterlage vorgenommen worden sind, so an der Warthe und an der Oder, wo die Ueberschwemmungsnothe gerade durch die Grablegung und Einengung des Flußbetts gestiegen sind statt abgenommen zu haben. Im Warthebruch beispielsweise sind Tausende von Morgen Wiesenland im vorigen Jahre durch stagnirendes Wasser verdorben worden, eine Kalamität, die vor der Regulirung in solchem Umfange niemals dagewesen ist. Das Wichtigste, was die Debatte in der Fülle dieser lokalen Fragen brachte, war die Mittheilung des Ministerialdirektors Schulz in Beantwortung einer Anregung des Abg. Schmieding. Direktor Schulz konnte berichten, daß die Arbeiten am Rhein-Ems-Kanal sich darum verzögern, weil gegenwärtig die Frage erörtert wird, ob für den Kanal nicht größere Dimensionen gewählt werden sollen. Das Abgeordnetenhaus ist auf die Sache nicht weiter eingegangen, obwohl sie bedeutsam genug erscheint. Eine Erweiterung des Profils und der Tiefenverhältnisse jenes Kanals würde wahrscheinlich Kosten verursachen, von deren Umfange sich im Augenblick die Wenigsten eine Vorstellung machen mögen. Wo es sich bei Erdbewegungen um neue Hunderttausende und Millionen von Kubimetern handelt, dort schnellen die Kosten naturgemäß im geometrischen Verhältnis an. Der Rhein-Ems-Kanal ist von jeher das Schmerzenskind unserer Wasserbauinteressenten gewesen, und wenn man bedenkt, um wieviel energischer andere Kanalbauten gefördert worden sind, dann möchte man die neue Verzögerung kaum als das verheißungsvolle Uebergangsstadium zu einem besseren Zustand betrachten. Der Nord-Ostsee-Kanal ist beträchtlich später als der Rhein-Ems-Kanal beschloffen worden und sieht binnen wenigen Jahren seiner Vollendung entgegen. Der Ober-Spree-Kanal ist ebenfalls später bewilligt worden und ist seit Jahren fertig. Das Abgeordnetenhaus schloß die Bauetatsdebatte, indem es sich selber ein ebenso nützliches wie schönes Geschenk machte: die erste Rate für das neue Landtagsgebäude ist selbstverständlich einstimmig bewilligt worden.

Die Ansprache des Kaisers bei dem Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages ist nichts weniger als eine Improvisation, sondern Wort für Wort in der Fassung des „Reichsanzeigers“ vorher niedergeschrieben worden. Dies ergibt sich, wie die „Freis. Ztg.“ konstatiert, klar und bestimmt aus der Vergleichung der Zeit, in der die Rede gehalten worden ist, mit der Zeit der Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“. Der Kaiser erschien nach 5 Uhr Nachmittag im Kaiserhof zu dem Festmahl. Erst nach dem vierten Gang erhob sich Landrath v. Bornstedt, um den Toast auf den Kaiser auszubringen. Hierauf erst folgte die Ansprache des Kaisers. In unserer Redaktion, schreibt die „Freis. Ztg.“ weiter, waren wir schon vor 6 Uhr im Besitz des „Reichsanzeigers“ mit dem Wortlaut der Rede. Es unterliegt darnach keinem Zweifel, daß, gleichwie es bei Thronreden üblich ist, der Text der Ansprache noch bevor dieselbe gehalten wurde, in den Druck gegeben worden ist, und daß in Folge dessen die Expedition des „Reichsanzeigers“ in der Lage war, unmittelbar, nachdem der

Kaiser seine Ansprache beendet hatte, dieselbe schon im Druck herauszugeben.

Die konservativen Abgeordneten verhalten sich auch in Privatgesprächen vollkommen schweigend über die Eindrücke aus der gestrigen Ansprache des Kaisers.

Der alte Fritz, so schreibt die „Voss. Ztg.“, ließ sich jeden Kolonisten mit zweihundert Thalern und mehr verschreiben, und er sagte: „Ich will absolut, daß so regiert werde, daß die Leute ins Land kommen und nicht hinauslaufen.“ Das ist die Politik der Hohenzollern, und wie der „Mürite von Rosbach und Dennewitz“ sich unendliche Mühe um Preußen gegeben hat und man annehmen kann, daß er dies nicht für nichts gethan hat, so darf man auch annehmen, daß der Große Friedrich, der Philosoph von Sanssouci, der eigentliche Schöpfer von Preußens Größe, nicht umsonst gelebt, gewirkt und geschrieben.

Wie in Frankfurt a. M. hat auch in Berlin der Streit um das Telegraphenmonopolgesetz oder deutlicher gesagt, der Kampf zwischen Staatssekretär v. Stephan und der elektrischen Industrie zu einer Katastrophe geführt. Bekanntlich hat sich Herr v. Stephan für seine Theorie, daß es nicht möglich sei, die elektrische Kraft „an die Strippe zu legen“ (eigenste Worte des Staatssekretärs v. Stephan), d. h. zu gewerblichen Zwecken zu verwerthen, auf den Berliner elektrotechnischen Verein berufen, dem auch Prof. v. Helmholtz angehört und der in solchen Fragen ganz anders sachverständig sei, als der in Frankfurt a. M. im vorigen Sommer gelegentlich der Ausstellung abgehaltene elektrische Kongreß, obgleich diesem die ersten Koryphäen der elektrischen Wissenschaft und Praxis beigewohnt haben. Was der Berliner elektrotechnische Verein bedeutet, stellte sich am 23. d. heraus, als ein Herr Dr. Lahmeyer aus Frankfurt a. M. den Antrag stellte, der Verein möge sich den Schritten des Frankfurter Vereins in Sachen des Telegraphengesetzes anschließen. Der Antrag wäre zweifellos mit großer Mehrheit angenommen worden, wenn nicht der Vorsitzende — Geb. Ober-Postrath Elsasser — die Beschlußfassung über den Antrag als „statutenwidrig“ abgelehnt hätte. Wahrscheinlich befindet sich in den Statuten dieses schönen Vereins die Bestimmung, daß Beschlüsse, die dem Staatssekretär v. Stephan nicht gefallen, unzulässig sind. Das ist der Verein, auf dessen Sachverständlichkeit Herr von Stephan sich beruft.

Zur Befolgsverbesserung der Lehrer an höheren Lehranstalten soll nach der dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Denkschrift der Staat 1400000 M. beitragen; der Restbetrag von 1500000 Mark soll durch Erhöhung des Schulgeldes beschafft werden. Bei den Vollenanstalten (Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen) soll das Schulgeld von 100 auf 120 M. erhöht werden; bei den Progymnasien auf 100 M.; bei den höheren Bürgerschulen auf 80 M. und für Schüler der letzteren, welche an einem besonders eingerichteten lateinischen Unterricht in Sexta bis Quarta theilnehmen, auf 120 M. Für diesen Vorschlag wird sich im Abgeordnetenhaus hoffentlich keine Mehrheit finden.

* Danzig, 25. Febr. Der westpreussische Provinzial-Landtag beschloß heute mit großer Majorität, die Mittel für die westpreussische Gewerbekammer nicht mehr zu bewilligen. Der Regierungskommissar erklärte, daß er kein Interesse hätte für die Bewilligung einzutreten. Ferner wurden die bei der Ferialauer Restauration durch die strafbaren Handlungen des früheren Landesdirektors Dr. Wuch der Provinzial-Hilfskasse verloren gegangenen 116084 Mark einstimmig niedergelegt. Dieselben sollen aus dem Reservefonds und dem Jahresüberschuß gedeckt werden.

Aus Baden, 25. Febr. Bei der Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern in der badischen Kammer hatte Abg. Venebey (Demokrat) erklärt, die sittliche Entrüstung der Nationalliberalen (Kieser, Kieser) gegen das preussische Volksschulgesetz mache auf ihn nur einen geringen Eindruck, habe doch das bedeutendste Mitglied dieser Partei, Miquel, den Entwurf mitunterschieden. Der Abg. Kieser erklärte darauf bezüglich der Stellung Miquels, daß er lebhaft bedaure, daß derselbe seinen Ministerposten noch nicht niedergelegt habe.

Bulgarien.

* Sofia, 25. Febr. Der bulgarische diplomatische Agent in Konstantinopel, Bulkovich, wurde gestern Abend, als er sich nach dem Klub-Lokal begeben wollte, von einem unbekanntem Individuum überfallen und durch einen Messerstich an der linken Seite verwundet. Der Thäter entkam. Man hält die That für einen Akt der Privatrache. — Die „Agence balcanique“ meldet über das Attentat noch Folgendes:

Amliche Depeschen aus Konstantinopel berichten, daß gestern Abend 7 Uhr, als der bulgarische Agent Dr. Bulkovich von mehreren Besuchern nach der Agentur zurückkehrte, und etwa noch 50 Schritte von der Hausthür entfernt war, ein unbekanntes Individuum ihm einen Messerstich in die linke Seite in der Gegend der Lende versetzte. Das Individuum ließ das Messer in der Wunde stecken und verschwand. Bulkovich hatte bemerkt, daß der Mensch ihm folgte, hatte jedoch keinen Verdacht geschöpft. Bulkovich zog sich selbst das Messer aus der Wunde, rief „Mörder, Mörder“ und schleppte sich noch bis zur Agentur. Die letzten Nachrichten über das Finden Bulkovichs lauten sehr ernst. Die Ärzte konstatarren eine Durchbohrung der Eingeweide, welche eine Operation notwendig machte, die auch sofort erfolgte.

Die Nachricht von dem Attentat hat hier in allen Kreisen den peinlichsten Eindruck hervorgerufen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 25. Febr. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde zunächst die allgemeine Erörterung über den vorgelegten Gesetzentwurf betr. die Ausgaben und Einnahmen der Schutzgebiete zum Abschluß gebracht. Die Kommission nahm alsdann in der Spezialdiskussion die der Vorlage beigegebenen Etats für Kamerun und Togo unverändert an. Geb. Rath Kayser theilte mit, daß die zur Verhinderung des Sklavenhandels in letzterem Gebiet erforderlichen Verbote und Anordnungen erlassen würden.

Die Berliner Arbeiterdemonstrationen.

Die Sozialdemokraten hatten zu Donnerstag Vormittag eine Versammlung arbeitsloser Bauarbeiter in der Brauerei Friedrichshain veranstaltet. Etwa 3000 Personen füllten den Saal. Die Verhandlung begann um 10 Uhr. Ein Maurer Blaurod berichtete, daß eine Deputation arbeitsloser Bauarbeiter vergebens versucht habe, bei dem Oberbürgermeister v. Jordanbeck und dem Bürgermeister Jelle vorzusprechen. Die Deputation sei an den Stadtbaurath Blankenstein verwiesen worden. Die Deputation habe bei demselben über das Submissionswesen und über den Zuzug von Arbeitern aus den Provinzen geklagt. Baurath Blankenstein habe erklärt, dagegen nichts thun zu können. Das Submissionswesen sei im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung der Bauten unentbehrlich. Die Stadt habe ihre Bauten an Bauunternehmer vergeben, welchen die freie Auswahl der Arbeiter zustehe. Baurath Blankenstein versprach, den Bauunternehmern zu empfehlen, in erster Linie die arbeitslosen Berliner Familienväter zur Arbeit anzunehmen. Maurer Blaurod erging sich ferner in sozialdemokratischer Weise über die Unfähigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung und forderte zur festeren Organisation der Arbeiterschaft auf.

Auch der bekannte sozialdemokratische Agitator und Redakteur des „Bauhändwerker“ Regierungsbauemeister Kehler war anwesend. Auch er sprach von dem Bankrott der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Sozialdemokraten dächten nicht daran, auszuwandern. Das würden sie den andern überlassen, wenn der Tag eintritt gekommen sei. (Lebhafte anhaltender Beifall).

Rechtzeitig wurde hervorgehoben, daß man keine Demonstration machen dürfe, damit nicht das Ministerwort: „Die Finte schießt und der Säbel haut“ sich verwirkliche. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Behörden auffordert, in Anbetracht der großen Noth und des herrschenden Elends unter den Bauhändwerkern für sofortige Inangriffnahme der städtischen und staatlichen Bauten zu sorgen. Die Versammlung sprach sich dann auf Empfehlung des Herrn Kehler in einer Resolution für die Gründung einer Arbeiterbörse aus. Auch von der demnächstigen sozialdemokratischen Mäntel war die Rede, ohne daß indessen der Gegenstand erledigt wurde. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Nach Schluß der Versammlung zogen, wie wir bereits telegraphisch meldeten, etwa 1500 Theilnehmer in geschlossenen Reihen auf dem nächsten Wege über die Neue Königstraße, den Alexanderplatz und die Königstraße am Rathhause vorbei, wo sie, ohne Halt zu machen, unter Gejohle und Hurrahgeschrei nach „Arbeit“ riefen. Der Zug zog die Königstraße weiter hinaus über den Schloßplatz und die Schloßfreiheit. Die Schutzmannschaft war bis dahin so schwach gewesen, um den Zug zu zerstreuen. Inzwischen war die verfügbare Mannschaft von den Revierwachen aus alarmirt und „Unter den Linden“ vereint worden. Der Zug der Arbeitslosen hatte sich in der Nähe des Schlosses verstärkt durch viele Neugierige, insbesondere durch die Paradedummler, welche, wie gewöhnlich, so auch an diesem Tage der aufstehenden Wache das Geleit gegeben hatten. In der Nähe der Charlottenstraße unter den Linden ging die Schutzmannschaft unter mehreren Offizieren vor, um die Menge gewaltthätig auseinander zu sprengen. Da mehrfacher Widerstand versucht sein soll, so ist theilweise die flache Klinge gebraucht worden. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen. Größere Gruppen aus der unter den Linden zertheilten Menge bewegten sich dann noch durch die Straßen zurück nach den Außenbezirken von Berlin.

Sozialreporter suchen in der Presse mehrfach die Vorgänge sensationell aufzubauhen. So wird erzählt, es sei die Arbeitermarschallaktion gelungen worden, vielfache Verwundungen seien vorgekommen.

Der Kaiser ließ sich Bericht erstatten und fuhr um 3 Uhr wie gewöhnlich mit seiner Gemahlin nach dem Thiergarten.

Lokales.

Pofen, den 26. Februar.

H. K. Personenzug-Verbindung Pofen-Görlitz. Eine wesentliche Verbesserung dieser Verbindung wird am 1. Mai mit dem Sommerfahrplan in Kraft treten. Der aus Pofen 10 Uhr 29 Min. Vormittags abfahrende Zug 1205 erreicht Wiffa 12 Uhr 5 Min. Von Wiffa werden vom 1. Mai ab die Reisenden ohne längeren Aufenthalt so weiter befördert, daß sie bereits 4 Uhr 30 Min. Nachmittags in Hansdorf sind. Zug 2061 wird alsdann schon 4 Uhr 37 Min. dort abgelassen und trifft 6 Uhr 1 Min. in Köhlitz ein, sodas Zug 80 — aus Köhlitz 6 Uhr 8 Min., in Görlitz 6 Uhr 46 Min. Nachmittags — benutzt werden kann. Damit ist zu einem Theile den aus der mangelhaften Personenzug-Verbindung Pofens mit der Ober-Lausitz entdringenden Unzuträglichkeiten abgeholfen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. Febr. Der Bundesrath hat heute den Ausschuß-Bericht über eine Eingabe des Geschäftsausschusses des deutschen Ärztevereins-Bundes betreffend die ärztlichen Prüfungsvorschriften dem Herrn Reichskanzler überwiesen; ferner den Ausschuß-Berichten über den Antrag Preußens betreffend den Gesekentwurf wegen Abänderung von Bestimmungen des Strafgesekbuchs, des Gerichtsverfassungsgesekes und des Gesekes vom 5. April 1888 über die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen zugestimmt. Der Antrag Braunschweigs, betreffend den Gesekentwurf wegen Abänderung des Paragrafen 184 des Strafgesekbuchs wurde zurückgezogen.

Frankfurt a. M., 25. Febr. Einem Telegramm der „Frf. Ztg.“ aus Kaiserslautern zufolge ist der Tunnel am Heiligenberg zwischen Kaiserslautern und Hochspeyer, nachdem ein Schnellzug denselben soeben passiert hatte, eingestürzt. Man vermuthet, daß 7 Arbeiter verschüttet sind.

Leipzig, 25. Febr. Das Reichsgericht erkannte in Sachen der von dem Reichstags-Abgeordneten Schmidt eingelegten Revision, daß das strafrechtliche Verfahren gegen Schmidt als zur Zeit unzulässig einzustellen sei, da die Immunität der Abgeordneten bei allen Verurteilungen, gleichviel ob dieselben auf kurze oder lange Zeit bemessen sind, Geltung habe.

Leipzig, 25. Febr. Der langjährige Chefredakteur des „Leipziger Tageblatt“, Heinrich Uhe, ist heute gestorben.

München, 25. Febr. Der Finanzausschuß erhöhte die Einnahmen des Fortsetats um 1730 000 M. auf 25 542 000 Mark, nämlich 16 Millionen für Bau-, Werk- und Holz-, 8 542 000 Mark für Brennholz und eine Million für Nebennutzungen. Der Finanzminister stimmte der Erhöhung zu, da der durch die Nonnenraupe verursachte Holzschaden die Rentabilität nicht mehr beeinträchtigt und neue Waldungen und Abgabebiete dem Markte erschlossen seien.

Wien, 25. Febr. Das Herrenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung, entgegen dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses, die Vorlage, betreffend die Aushilfe für die Staats-

bediensteten in der ursprünglichen von der Regierung aufgestellten Ziffer von 500 000 Fl. an. Der Ministerpräsident Graf Taaffe erklärte ferner den Reichsrath für vertagt.

Wien, 25. Febr. Die Mandatsniederlegung von 15 deutschen, ruthenischen und polnischen Landtagsabgeordneten der Bukowina, welche erfolgte, um durch die Beschlußunfähigkeit des Landtags die Auflösung desselben und damit den Ablauf der Amtszeit des rumänischen Landeshauptmanns Wassilko herbeizuführen, ist bis jetzt aufrecht erhalten worden.

Pest, 25. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde Baron Desiderius Banffy mit 243 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Die Opposition, insgesamt 158 Abgeordnete, stimmte für den früheren Präsidenten Pechy. Das Resultat der Wahl wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Petersburg, 25. Febr. Die Angelegenheit wegen Lieferung schlechten Mehls für die Petersburger Municipalität hat gestern damit ihren Abschluß gefunden, daß die Stadtverordneten ein Tadelsvotum gegen die Stadtrathe Riemann und Jablonski beschloffen. Von einer Verweisung der betreffenden Stadtrathe vor das Gericht wurde abgesehen, da die Mitglieder des Stadtmtes das für das schlechte Mehl verausgabte Geld ersetzt hatten. Der Mehllieferant Buchert befindet sich noch in Untersuchung.

Nach einer amtlichen Bekanntmachung sollen in der russischen Festungs-Artillerie neue schnellfeuernde Positions-Stahlgeschütze mit einem Kaliber von 57 Millimeter eingeführt werden.

Petersburg, 25. Februar. Der Werth der Ausfuhr Rußlands war im Jahre 1891 um 17 Mill. Rub. größer, als im vorhergehenden Jahre, der Werth der Einfuhr um 36 Mill. Rubel geringer.

Paris, 25. Febr. Bourgeois hat bereits Schritte unternommen, ein neues Cabinet zu bilden. Wie es heißt, hätten Freycinet und Ribot prinzipiell ihre Beihülfe zugesagt.

Paris, 25. Febr. Die demokratische Linke des Senats beschloß eine Resolution, in der sie erklärt, die französische Republik könne keinerlei auswärtige Intervention in ihre innere Politik zulassen; demzufolge spreche die demokratische Linke den Wunsch aus, die gegenwärtige Kabinettskrise möge im Sinne des Triumphes des weltlichen Geistes gegen die Uebergriffe des Klerikalismus gelöst werden.

Belgrad, 25. Febr. Der bisherige Vizepräsident der Skupstina, Bukovic, wurde mit 75 Stimmen zum Präsidenten, Joka Sovanovic mit 61 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt.

Sofia, 25. Febr. Der ehemalige Finanzminister Sallabaschew ist zum Justizminister ernannt worden.

Konstantinopel, 25. Febr. Die Pforte beantwortete am Dienstag die Verbalnote des französischen Votschafers Cambon vom 4. d. M. in der Chadourne-Angelegenheit. Die Pforte bestätigte in ihrer Antwort den Empfang der Verbalnote, deren Inhalt sie wiederholt, und erucht den Votschafers, der Pforte, die sei es aus den Kapitulationen, oder aus anderen Verträgen geschöpfte Rechtsgrundlage bekannt zu geben, auf welche die französische Regierung ihre Auslegung des Rechtes der Pforte, fremde Unterthanen auszuweisen, stütze.

Berlin, 26. Febr. Gestern Abend gegen 6 Uhr erneuerten sich die Ruhestörungen im Frankfurter und Köpniker Stadttheil. Trupps von mehreren Hunderten stürmten verschiedene Bäcker- und Schlächterläden, zertrümmerten die Schaufenster und raubten die ausgelegten Waaren. Es kam zu wiederholten Scharmüßeln zwischen den Ruhestörern und der Polizei, welche genöthigt war, mit flachen Klängen einzuhaufen. Gegen 10 Uhr gelang es der Polizei, die Ruhestörer zu zerstreuen und die Ruhe wieder herzustellen.

Angekommene Fremde.

Pofen, 26. Februar.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Knip aus Berlin, Joachimsthal, Frau Baumann und Tochter, Hermann, Renner, Borchers, Kraft, Grauentin, Schulz u. Noll a. Berlin, Gutmann a. Leobichau, Frank und Sieffen a. Hamburg, Jung a. Annaberg, Lammering a. Schüttau, Koplowski a. Reiffe, Kalbfus a. Selb i. Bayern, Maus a. Uch, Benfinger u. Hoffmann a. Mannheim, Pinge a. Solingen, Engels a. Remscheid, Fabrikbesitzer Sauerbier a. Stettin, Staatsanwalt Dr. Klemme a. Köslin. Mylius Hotel de Dresde (Kritz Bremer). Mittergutsbesitzer Major v. Tiedemann a. Seeheim, Oberförster Deger mit Frau a. Grünberg, Portepce-Führer v. Kleist a. Gr. Lichterfelde, Direktor Kettler a. Opalenica, Inspektor Pech a. Schwep, Fabrikant End a. Stuttgart, Ingenieur Fuchs a. Berlin, Mühlensbesitzer Janfen a. Hensburg, Privatier Repes a. Celle, die Kaufleute Rosenthal u. David a. Berlin, Schulz a. Hamburg, Landsberg a. London, Artl a. Breslau, Klizewski a. Gleiwitz, Haupt a. Frankfurt a. M. Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Zimmermeister Weber a. Essen, die Kaufleute Beer u. Ginsberg a. Berlin, Müller u. Grüttmann a. Breslau, Vize-Feldwebel Wickschaf aus Zabern, Möbelmagazinsbes. Nowak a. Myslowitz. Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Spenner u. Notzhild a. Breslau, Fliß, Erfurt u. Würkheim a. Leipzig, Krebs a. Stettin, Stamm a. Potsdam, Butsch a. Arnswalde, Wolf a. Offingen, Bröll a. Stuttgart u. Wagner a. Dresden, Rittergutsbesitzer v. Bronkowsk a. Götowo, Gutsbesitzer Baepfe a. Heinrichsdorf, Kontrolleur Baumann a. Arnswalde.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ normals Langner's Hotel. Brennerei-Verwalter Häusler a. Falkstadt, die Kaufleute Latendorf a. Frankfurt a. M. u. Strichfeld a. Graudenz, Gutsbesitzer Brodmann a. Rüdtegeshagen, Fabrikant Hoffmann a. Elstft.

Theodor Johns Hotel garni. Die Kaufleute Rosen a. Breslau, David a. Dresden, Hartkopf a. Apsolba, Hartmann a. Berlin, Ludwig a. Lauban, Rothhoff a. Weischebe.

Handel und Verkehr.

** Newyork, 24. Febr. Die Börse eröffnete etwas niedriger, schwächte sich weiterhin ab und schloß zu den niedrigsten Tages-

tursen. Der Umlaz der Aktien betrug 318 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 700 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betragen 20 000 Unzen. Die Silberankäufe für den Staatschatz betragen 430 000 Unzen zu 91,10 a 91,37.

Meteorologische Beobachtungen zu Pofen im Februar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
25. Nachm. 2	764,8	D stark	better	+ 4,8
25. Abends 9	764,9	D mäßig	better	+ 0,8
26. Morgs. 7	764,7	D mäßig	better	- 1,5

1) Früh Reif.
Am 25. Febr. Wärme-Maximum + 5,0° Cels.
Am 25. Febr. Wärme-Minimum - 1,0° Cels.

Wasserstand der Warthe.

Pofen, am 25. Febr. Morgens 2,88 Meter.
= = 25. = Mittags 2,88
= = 26. = Morgens 2,88 =

Berein „Zoologischer Garten“.

Heute, Freitag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr.

Ordentl. Generalversammlung

Aula der Mittelschule, Naumannstraße.

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurie.

Breslau, 25. Febr. Still.
Neue 3proz. Reichsanleihe 84,55, 3 1/2proz. U-Pfandbr. 96,85, Konfol. Türken 18,70, Türk. Loose 77,00, 4proz. ung. Goldrente 93,00, Bresl. Diskontobant 92,90, Breslauer Wechselbank 94,25, Kreditaktien 171,50, Schlef. Bantverein 109,00, Donnersmarkt 77,00, Flößer Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,75, Oberschlef. Eisenbahn 84,25, Oberschlef. Bortland-Zement 97,00, Schlef. Zement 131,50, Dypeln. Zement 102,35, Schlef. Dampf. C. —, Kramsta 117,00, Schlef. Zinkaktien 190,50, Laurahütte 104,50, Verein. Delfabr. 88,75, Oesterreich. Bantnoten 172,90, Russ. Bantnoten 160,25, Giesel Cement —.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (Schlußkurse). Still, Schluß abgezwängt.

Lond. Wechsel 20,40, 4proz. Reichsanleihe 106,75, österr. Silberrente 81,35, 4 1/2proz. Papierreute 81,80, do. 4proz. Goldrente 95,40, 1860er Loose 124,80, 4proz. ungar. Goldrente 92,80, Italiener 89,30, 1880er Russen 92,70, 3. Orientanl. 63,70, unifiz. Egypter 95,90, lomb. Türken 18,60, 4proz. türk. Anl. 83,20, 3proz. port. Anl. 28,20, 5proz. serb. Rente 77,20, 5proz. amort. Rumänier 96,60, 6proz. Konfol. Mexik. 79,10, Böhm. Westf. 303 1/2, Böhm. Nordbahn 159, Franzosen 249 1/2, Galtzer 183 1/2, Gotthardbahn 136,60, Lombarden 76 1/2, Südb.-Büchen 147,00, Nordwestbahn 181 1/2, Kreditaktien 266 1/2, Darmstädter 123,50, Mitteld. Kredit 96,80, Reichsb. 146,30, Disk. Kommandit 181,10, Dresdner Bank 133,80, Pariser Wechsel 80,916, Wiener Wechsel 172,37, serbische Tabakrente 78,90, Bochum. Gußstahl 111,00, Dortmund. Union 55,50, Sarpener Bergwerk 136,30, Sibernia 122,20, 4proz. Spanier 61,70, Mainzer 113,00.

Privatdiskont 2 Proz.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265 1/2, Disk.-Kommandit 180,30, Bochumer Gußstahl —, Sarpener —, Lombarden Darmstädter —.

Wien, 25. Febr. Bei andauernder großer Geschäftslosigkeit Kurse wenig schwankend.

Oesterr. 4 1/2proz. Papierre. 94,85, do. 5proz. 102,60, do. Silberr. 94,30, do. Goldrente 110,80, 4proz. ungar. Goldrente 107,90, 5proz. do. Papierre. 102,30, Länderbank 206,40, österr. Kreditakt. 310,50, ungar. Kreditaktien 346,75, Wien. Wt.-B. 112,75, Elbetbahn 230,25, Galizier 212,00, Lemberg-Gernowits 247,00, Lombarden 86,50, Nordwestbahn 210,75, Tabakaktien 164,00, Napoleons 9,38, Marknoten 57,95, Russ. Bantnoten 1,16 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulgariße Anleihe 101,00.

Paris, 25. Febr. Nach Scheiterung des geplanten Cabinets Rouvier erwartet die Börse ein Ministerium Bourgeois. Tendenz schwankend, Rente ziemlich behauptet, Italiener wesentlich besser auf große Rückkäufe, Türken fest, Russen in Prolongation gesucht; Rio höher auf günstigere Nachrichten vom Kupfermarkt, Callao-Aktien stark steigend.

3proz. amortisirte Rente 96,97 1/2, 3proz. Rente 96,07 1/2, 4 1/2proz. Anl. 104,90, Italien. 5proz. Rente 89,30, österr. Goldr. 96, 4 1/2, ungar. Goldr. 92,50, 3. Orient-Anl. 64,50, 4proz. Russen 1889 93,30, Egypter 482,50, lomb. Türken 19,22 1/2, Türkenloose 74,00, Lombarden 210,00, do. Prioritäten 303,00, Banque Ottomane 543,00, Panama 5proz. Obligat. 19,00, Rio Tinto 430,60, Tab. Ottom. 358,00, Neue 3proz. Rente 94,92, 3proz. Portugiesen 28, Neue 3proz. Russen 75 1/2.

London, 25. Febr. (Schlußkurse). Fest.
Engl. 2 1/2proz. Consols 96 1/2, Breuß. 4 prozent. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 88 1/2, Lombarden 8 1/2, 4 proz. 1889 Russen II. Serie 93 1/2, lomb. Türken 19 1/2, österr. Silber. 79, österr. Goldrente 95, 4proz. ungar. Goldrente 91 1/2, 4prozent. Spanier 61 1/2, 3 1/2proz. Egypter 89 1/2, 4 proz. unifiz. Egypter 95 1/2, 4 proz. gar. Egypter —, 4 1/2proz. Tribut-Anl. 93 1/2, 6proz. Mexik. 80 1/2, Ottomabant 11 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 91 1/2, De Beers neue 14 1/2, Blakdiskont 2 1/2.
Rio Tinto 17 1/2, 4proz. Rupees 69 1/2, 5proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 61 1/2, Argentin. 4 1/2proz. äußere Goldanleihe 29, Neue 3proz. Reichsanleihe 84 1/2, Silber 41 1/2.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,56, Wien 11,99, Paris 25,42, Petersburg 23 1/2.

Buenos-Ayres, 24. Febr. Goldagio 250.

Röln, 25. Febr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, p. März 21,55, p. Mai 21,75. Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, p. März 22,70, per Mai 22,70. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Rüböl loco —, p. Mai 57,40, p. Oktober 56,50. — Wetter: Milde.

Bremen, 25. Febr. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbrje.) Faßzollfrei. Schwach. Loco 6,50 Br.

Baumwolle. Schwach. Upland middl., loco 36 Bf., Upland Sakis middl., nichts unter low middl., auf Terminkieferung, Febr. 35 1/2 Bf., März 35 1/2 Bf., April 35 1/2 Bf., Mai 36 Bf., Juni 36 1/2 Bf., Juli 36 1/2 Bf.

Schmalz. Fest. Wilcox — Bf., Armour 35 1/2 Bf., Robe — Bf., Fairbanks 31 1/2 Bf. — Wallen Natal, — Wallen Buenos Ayres, — Wallen Austral., — Wallen Räumlinge. Speck short clear middl. Rubig. 33 1/2 Br.

Hamburg, 25. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holl. loco neuer 210—226. — Roggen loco fest, mecklenb. loco neuer 215—222, russ. loco fester, neuer 190—194. Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) rubig, loco 58,00. Spiritus beh., per Febr.-März 35 1/2 Br., per März-April 35 1/2 Br., p. April-Mai 35 1/2

Br., per Mai-Juni 35 1/2, Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,35 Br., p. März 6,15 Br. — Wetter: Regenlich.

Gamburg, 25. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 67 1/2, per Mai 67 1/2, per Juli —, pr. Sept. 64 1/2, Nov. 61 1/2. Ruhig.

Gamburg, 25. Febr. Rudermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Unancc, frei an Bord Gamburg v. Febr. 14,32 1/2, p. März 14,35, p. Mai 14,65, p. August 14,97 1/2. Stetig.

Paris, 25. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., p. Februar 25,75, p. März 25,90, p. März-Juni 26,20, p. Mai-August 26,60. — Roggen ruhig, per Februar 19,10, per Mai-Aug. 18,90. — Weizen fest, p. Febr. 55,00, p. März 55,20, p. März-Juni 56,10, p. Mai-Aug. 56,90. — Roggen beh., p. Febr. 55,75, p. März 56,00, p. März-Juni 56,75, p. Mai-Aug. 57,75. — Spiritus fest, p. Febr. 47,00, p. März 46,50, p. März-April 45,50, p. Mai-August 45,00. — Wetter: Schön.

Paris, 25. Febr. (Schlußbericht.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loco 38,50. Weicher Ruder matt, Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 39,37 1/2, p. März 39,62 1/2, p. März-Juni 40, p. Mai-August 40,50.

Sabre, 25. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Wetmann, Stegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baiffe.

Sabre, 25. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Wetmann, Stegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 90,00, p. Mai 87,75, p. Sept. 82,50. Unregelmäßig.

Antwerpen, 25. Febr. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer gehalten. Gerste ruhig.

Antwerpen, 25. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 bez. und Br., v. Febr. 16 Br., p. März 15 1/2, Br., Sept.-Dez. 15 1/2 Br. Ruhig.

Antwerpen, 25. Febr. Wolle. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata = Zug, Type B., per März —, April 4,22 1/2, Mai 4,25, Juni 4,30, August —, Okt. 4,37 1/2. Verkäufer.

Amsterdam, 25. Febr. Bancazinn 53 1/2.

Amsterdam, 25. Febr. Java-Kaffee good ordinary 54 1/2.

London, 25. Febr. 96 pCt. Javazucker loco 16 1/2, ruhig.

London, 25. Febr. An der Rüste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

Glasgow, 25. Febr. Rohelfen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 lb. 3 d.

London, 25. Febr. Chiff-Kupfer 44 1/2, per 3 Monat 44 1/2.

Liverpool, 25. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ball. Ruhig. Tagesimport 24000 Ballen.

Liverpool, 25. Febr., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 Ballen.

Amerikaner träge, 1/10 billiger. Surats ruhig.

Widdl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 3 1/2, Verkäuferpreis, März-April 3 1/2, Käuferpreis, Mai-Juni 3 1/2, Juni-Juli 3 1/2, Juli-August 3 1/2, August-Sept. 3 1/2, d. Käuferpreis.

Liverpool, 25. Febr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8000 B., davon für Speculation u. Export 1000 Ballen. Ruhig.

Widdl. amerikan. Lieferungen: März-April 3 1/2, Verkäuferpreis, März-April 3 1/2, Käuferpreis, April-Mai 3 1/2, Käuferpreis, Mai-Juni 3 1/2, Käuferpreis, Juni-Aug. 3 1/2, Käuferpreis, August-Sept. 3 1/2, d. d. do.

Newyork, 24. Febr. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipelnie certificates per März 58 1/2, Weizen per Mai 104 1/2.

Newyork, 24. Febr. (Anfangsbericht.) Baumwolle in Newyork 7 1/2, do. in New-Orleans 6 1/2, Raff. Petroleum Standard white in Newyork 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,75, do. Pipelnie

Certificates p. März 58 1/2. Ziemlich fest. Schmalz loco 6,82, do. Rube u. Brothens 7,05. Zucker (Fair refining Muscovado) 3. Mats (New) p. März 49 1/2, p. April 50 1/2, p. Mai 49 1/2. Rother Winterweizen loco 108 1/2, Kaffee Rio Nr. 7, 14 1/2. — Weizen 4 D. 10 C. Getreidefrucht 3 1/2. — Kupfer 10,65. Rother Weizen per Febr. 106, März 105 1/2, p. April 105 1/2, p. Mai 104 1/2. Kaffee Nr 7 low ord. v. März 13,42, p. Mai 12,82.

Weizen eröffnete ruhig, schloß stetig. Mais: Steigerung erfolgte durch Abnahme der für Kontrakt-Lieferungen verfügbaren Vorräthe.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 7 015 852 Dollars gegen 9 118 980 Dollars in der Vormoche.

Chicago, 24. Febr. Weizen p. Febr. 90 1/2, p. Mai 93. Mats p. März 41 1/2. Sped. hord clear 6,30. Rork p. März 11,50. Weizen. Steigerung erfolgte durch Abnahme der sichtbaren Vorräthe. In Mats war gute Nachfrage für den Export.

Berlin, 26. Febr. Wetter: Schön.

Newyork, 25. Febr. Weizen p. Febr. 105 1/2, C., p. März 105 1/2, C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 25. Febr. Die heutige Börse eröffnete in weniger fester Haltung und mit zum Theil etwas abgeschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls weniger günstig und boten besondere geschäftliche Anregung nicht dar.

Hier entwickelte sich das Geschäft bei großer Zurückhaltung der Speculation sehr ruhig, nur die mit der Ultimoregulation verbundenen Transaktionen verließen dem Verkehr zeitweise etwas größere Regelmäßigkeit. In der zweiten Hälfte der Börsenzeit trat ziemlich allgemein eine weitere Abschwächung der Haltung hervor.

Der Kapitalmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen auf bei ruhigem Verkehr; Deutsche Reichs- und Preussische consolidirte Staats-Anleihen wenig verändert und ruhiger. Fremde festen Zins tragende Papiere waren im Allgemeinen ziemlich behauptet; Italiener, Ungarische 4proz. Solvente abgeschwächt; Russische Noten ziemlich fest.

Der Privatborsenmarkt wurde mit 1 1/2 Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditaktien in fester Haltung ziemlich lebhaft um; gaben aber schließlich etwas nach; Franzosen fest, Lombarden und andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig; Schweizerische Bahnen etwas abgeschwächt.

Inländische Eisenbahnaktien wenig lebhaft; Marienburg-Mlawka und ostpreussische Südbahn matter.

Bankaktien ruhig; die speculativen Devisen nach schwächerer Eröffnung befestigt und wieder schwächer schließend; Discontokommandit-Antheile unter Schwankungen ziemlich lebhaft, Aktien der deutschen Bank fester und lebhafter.

Industriepapiere sehr ruhig und wenig verändert; Montanwerthe matter.

Produkten-Börse.

Berlin, 25. Febr. Die Auslandsmärkte zeigten gestern durchwegs feste Haltung; nur England notirte für fremden Weizen etwas niedrigere Preise. Hier ist der Preis für Roggen gestern nach der Börse noch wesentlich gestiegen und da heute die Nachfrage nach effektiver Waare fortbestand und auch Deckungsbedarf überwiegend war, verkehrte die Börse in sehr fester Haltung.

Weizen stellte sich bei mäßigen Umsätzen einige Mark höher. In Roggen war das Geschäft lebhafter und die Preise zogen mehrere Mark an. Von Hamburg ist eine größere Partie direkt nach Sachsen an den Konsum verkauft. Auf sofortige Abladung kam eine Dampferladung türkischer (Debeagatich) zu 178 M. und eine Dampferladung bulgarischer zu 178 1/2 M. zum Abschluß. Hafer sehr still, aber ebenfalls etwas fester. Roggenmehl bei mäßigen Umsätzen merklich höher. Hübsl sehr still und unverändert. In

Spiritus war die Lokozufuhr sehr knapp, und die Preise stiegen um 30 Pf. Der Terminhandel war bei Mangel an Abgebern still, die Preise erfuhren eine ähnliche Besserung.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) p. 1000 Kg. Loko fest. Termine höher. Gefündigt — Ton. Ründigungspreis — W. Loko 202—222 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 206 Mk., p. diesen Monat —, W., p. April-Mai 204,5—205,25—204,5 bez., per Mai-Juni 206—206,5—206 bez., per Juni-Juli 208—208,25 bis 207,75 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko fester. Termine höher. Gefündigt — To. Ründigungspreis — W. Loko 206—218 Mk. nach Dual. Lieferungsqualität 216 Mk., inland. feiner 216 bis 217 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per April-Mai 217,75 bis 219,25—218,25 bez., per Mai-Juni 213,25—214,25—213,5 bez., p. Juni-Juli 210—211,25—210,25 bez., p. Juli-August —.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145—195 Mk. nach Dual. Futtergerste 146—164 Mk.

Hafer per 1000 Kilo. Loko feiner fest. Termine höher. Gefündigt — To. Ründigungspreis — W. Loko 153—178 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 159 Mk. Bonn., preuß. und schles., mittel bis guter 155—164, hochfeiner 173—174 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat —, per April-Mai 155,25—155,5—155 bez., p. Mai-Juni 155,75—156,25—155,75 bez., p. Juni-Juli 156,25—157—156,5 bez.

Mais per 1000 Kilo. Loko still. Termine höher, schließen matt. Gef. — To Ründigungspreis — W. Loko 135—145 Mk. nach Qual., per diesen Monat —, per Febr.-März —, per April-Mai 121—120,25 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — bez., p. Juli-Aug. —.

Erbsen p. 1000 Kilo. Rogwaare 190—240 Mk., Futterwaare 168—175 Mk. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sack. Termine höher. Gefündigt — Sack. Ründigungspreis —, W., per diesen Monat 30,10 Mk., per Febr.-März —, per April-Mai 29,65—29,6 bez., per Mai-Juni 29,35—29,3 bez., per Juni-Juli 28,95—28,9 bez., per Juli-August —.

Rübsl p. 100 Kilo mit Faß. Still. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — W. Loko mit Faß —, Loko ohne Faß —, W., per diesen Monat —, per Februar-März —, p. März-April —, per April-Mai 55,8 Mk., p. Mai-Juni —, p. September-Oktober 55,6 Mk.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 33,00 Mk. — Feuchte dgl. p. loco 18,50 Mk.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 33,00 Mk. Petroleum. Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — Kilo. Ründigungspreis — W. Loko —, W., p. diesen Monat —, W., per Febr.-März —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Broz. = 10 000 Broz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis —, W. Loko ohne Faß 65,3 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Broz. = 10 000 Broz. nach Tralles. Gefündigt —, W. Ründigungspreis — W. Loko ohne Faß 45,8 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Broz. = 10 000 Broz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — W. Loko mit Faß —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest u. höher. Gef. — Str. Ründigungspreis — W. Loko —, W., per diesen Monat 45,7 per Febr.-März —, per März-April —, per April-Mai 46,1—46,4—46,2 bez., per Mai-Juni 46,3—46,5—46,3 bez., per Juni-Juli 46,7—46,8—46,7 bez., p. Juli-Aug. 47,1—47,3—47,1 bez., per Aug.-Sept. 47,2—47,4—47,2 bez., per Septbr.-Oktober 44,8 bis 45—44,8 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 00 29,5—27,5, Nr. 0 27,25—25,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 30,25—29,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 31,5—30,25 bez., Nr. 0 1/2, W. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. I. Doll. = 4 1/2 M. I. Rub. = 3 M. 23 Pf. I. n. s. d. d. W. österr. = 12 M. I. n. W. = 2 M. I. n. holl. W. I. M. 70 Rf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1/2 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 25. Febr.	Amsterdam 3 B T. 168,40 bez G.	London 3 B T. 20,39 bez G.	Paris 3 B T. 80,35 bez G.	Wien 4 B T. 172,45 bez G.	Petersburg 6 3 W. 220,25 bez G.	Warschau 5 3 B T. 200,25 bez G.
Geld, Banknoten u. Coupons.	Souvereigns 20,36 G.	20 Francs-Stück 16,19 bez	Gold-Dollars 20,40 bez B.	Engl. Not. 1 Pfd. Sterl. 81,45 bez	Fr. Not. 100 Frs. 172,75 bez	Oestr. Noten 100 R. 201,00 bez
Deutsche Fonds u. Staatspap.	Dtsche R.-Anl. 4 106,84 G.	do. do. 3 1/2 84,40 bez G.	do. do. 3 84,40 bez G.	Pras. cons. Anl. 4 106,50 bez G.	do. do. 3 1/2 95,90 bez G.	do. do. 3 84,40 bez G.
Bankpapiere.	Berlin 3 1/2 93,50 bez B.	Berlin 4 102,50 bez G.	Berlin 4 102,50 bez G.	Berlin 4 102,50 bez G.	Berlin 4 102,50 bez G.	Berlin 4 102,50 bez G.
Industriepapiere.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.
Renten.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.	Bayer. Eisenb.-A. 4 106,25 bez B.